

# Multikulturalismus reloaded

## Demokratie in Zeiten von Flucht und Migration

»Multikulti [...] – dieser Ansatz ist gescheitert, absolut gescheitert«, verkündete Angela Merkel im Jahr 2010 auf dem »Deutschlandtag« der Jungen Union. Die Absage an entsprechende Bemühungen, den kulturellen Wandel hin zu größerer Vielfalt als gegeben anzuerkennen und politisch zu gestalten, fiel schon damals recht deutlich aus. Am 7. September 2016, und damit ziemlich genau ein Jahr nachdem die oftmals als Zauderin gescholtene Bundeskanzlerin mit ungeahntem politischem Mut kurzerhand die Grenzen der Bundesrepublik für in Ungarn festsitzende geflüchtete Menschen hatte öffnen lassen, beschloss Merkel ihre ganz im Zeichen der sogenannten »Flüchtlingskrise« stehende Rede zum Bundeshaushalt für 2017 mit den Worten: »Deutschland wird Deutschland bleiben, mit allem, was uns daran lieb und teuer ist.«<sup>1</sup> Mag diese geradezu beschwörende Formel angesichts des Erstarkens einer parteiförmigen Konkurrenz am rechten Rand unter taktischen Gesichtspunkten noch irgendwie nachvollziehbar erscheinen, so ist sie aus soziologischer Sicht als naiv und unter dem Blickwinkel politischer Rationalität als verheerend zu bewerten. Denn eine solche Einschätzung verschließt die Augen davor, dass allemal – und auch jenseits der aktuellen Fluchtbewegungen, schließlich verzeichnet die Bundesrepublik eine seit Jahrzehnten anhaltend hohe Zuwanderung – Anlass besteht, erneut und intensiver als bisher über Fragen von Anerkennung, Integration und demokratischer Teilhabe nachzudenken, oder wenn man so will: über ein *neues Deutschland*. Wenngleich derartige Fragen hierzulande und andernorts bislang nicht konsequent genug gestellt und beantwortet, sondern oftmals geleugnet oder zumindest in ihrer Dringlichkeit und Komplexität unterschätzt worden sind, so ergeben sie sich in faktisch multikulturellen Gesellschaften doch zwangsläufig und immer wieder. Wie ist es also in Anbetracht der besonderen gegenwärtigen Konstellation um einen dezidiert *neuen Multikulturalismus* bestellt? Die »Flüchtlingskrise« ist so gesehen nur der jüngste und vielleicht drastischste Hinweis darauf, dass Antworten nach wie vor ausstehen.

<sup>1</sup> Angela Merkel, »Deutschland wird Deutschland bleiben, mit allem, was uns daran lieb und teuer ist«, *CDU/CSU-Fraktion im Bundestag*; online unter: [www.cducsu.de/themen/wirtschaft-und-energie-haushalt-und-finanzen/deutschland-wird-deutschland-bleiben-mit-allem-was-uns-daran-lieb-und-teuer-ist](http://www.cducsu.de/themen/wirtschaft-und-energie-haushalt-und-finanzen/deutschland-wird-deutschland-bleiben-mit-allem-was-uns-daran-lieb-und-teuer-ist) [28. 2. 2017].

Die »Krise« zwingt uns zum Nachdenken über allgemeine Fragen des Zusammenlebens in multikulturellen Gesellschaften. Angefangen bei der grundlegenden, ihrerseits politisch höchst umkämpften und auch konzeptuell flüchtigen Terminologie – wer gilt als »echter Flüchtling«, wann ist von Flucht, wann von Migration zu sprechen<sup>2</sup> –, wirft die »Flüchtlingsfrage« nicht zuletzt und mit Nachdruck dezidiert demokratietheoretische Problemstellungen auf. Umso überraschender erscheint es, dass die *Demokratiefrage in der Flüchtlingspolitik* bis dato sowohl im akademischen als auch im öffentlichen Diskurs schlichtweg ignoriert wird. »Der Flüchtling« wird in aller Regel in der Rolle eines jeglicher politischen Gestaltungsrechte beraubten, auf den Status als Bittstellerin oder als Verwaltungsobjekt beschränkten Menschen adressiert.<sup>3</sup> Aus demokratisch-legitimationstheoretischer Perspektive ist dies als höchst problematisch zu bewerten, wird doch mindestens der elementare Grundsatz verletzt, dass alle von Gesetzen Betroffenen sich auch als Autoren dieser Gesetze verstehen können müssen.<sup>4</sup> Auch dieses Problem eines Demokratiedefizits stellt sich freilich nicht erst seit der Ankunft einer größeren Anzahl von Neuankömmlingen im Zuge der jüngsten Fluchtbewegungen. Doch sollte uns die »Flüchtlingskrise« mit neuer Dringlichkeit vor Augen führen, dass es höchste Zeit ist, die politische Verfasstheit unseres Gemeinwesens an die sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen.

Bislang jedoch sind dazu von Seiten der Politik keine nennenswerten Bemühungen zu erkennen. Die Reaktionen der europäischen Regierungen auf die sogenannte »Flüchtlingskrise« fallen hingegen einseitig, einfallslos und bisweilen skandalös aus. Lange Zeit hatte man sich in dem insbesondere für EU-Binnenstaaten kommoden Dublin-System eingerichtet und alle die

- 2 Zur Sortierung siehe Christian Hillgruber, »Flüchtlingsschutz oder Arbeitsmigration. Über die Notwendigkeit und die Konsequenzen einer Unterscheidung«, in: Otto Depenheuer / Christoph Grabenwarter (Hg.), *Der Staat in der Flüchtlingskrise*, Paderborn 2016, S. 185–196, hier S. 191. Zum Thema Migration siehe zuletzt auch das Schwerpunktheft »Wandern. Zur Globalgeschichte der Migration« des *Mittelweg* 36 25 (2016), 1. Für eine dezidiert soziologische Perspektive steht der Autonomie-der-Migration-Ansatz, vgl. etwa Sandro Mezzadra, »The Gaze of Autonomy. Capitalism, Migration and Social Struggles«, in: Vicky Squire (Hg.), *The Contested Politics of Mobility. Borderzones and Irregularity*, London 2011, S. 121–142. Zur Figur des Flüchtlings als »essentially contested concept« siehe bspw. Emma Haddad, *The Refugee in International Society. Between Sovereigns*, Cambridge 2008. Drei im gesellschaftspolitischen Diskurs dominanten Imaginationen des »Flüchtlings« geht Heidrun Friese in ihrem demnächst erscheinenden Essay nach: Heidrun Friese, *Flüchtlinge: Opfer – Bedrohung – Helden*, Bielefeld 2017.
- 3 Eine einschlägige Studie mit explizit demokratietheoretischem Anspruch hat Julia Schulze Wessel vorgelegt. Julia Schulze Wessel, *Grenzfiguren. Zur politischen Theorie des Flüchtlings*, Bielefeld 2016.
- 4 Dies wird nahe am hier interessierenden Thema diskutiert von Dana Schmalz, »Grenzen als Herausforderung für die Demokratie. Zu den Chancen der Internationalisierung des Rechts für die demokratische Inklusion«, in: Matthias C. Kettenmann (Hg.), *Grenzen des Völkerrechts*, Wien 2013, S. 177–192.

Fluchtbewegungen wie den Umgang mit Geflüchteten betreffenden Fragen negiert. Als sich diese Strategie der Verleugnung im Sommer 2015 mit der Ankunft immer größerer Zahlen von Geflüchteten nicht mehr aufrechterhalten ließ, wurden die sich stellenden Herausforderungen weitgehend als logistische und administrative Probleme begriffen. (EU-)Innenpolitisch wurde und wird die Diskussion nahezu vollständig von Debatten über ausgefeilte Verteilungsschlüssel beherrscht, während außenpolitisch mittels diverser *deals* (wie etwa dem mit der Türkei aus dem März 2016) und einer resoluten Abschiebepaxis der Zustrom von Flüchtlingen gestoppt und die Zahl der Asylsuchenden radikal reduziert werden soll. Ob diese Strategie dauerhaften Erfolg verspricht und mittelfristig eine Rückkehr zu den Dublin-Regeln (zumal auch aus Sicht der Staaten an der südlichen Außengrenze der EU) möglich erscheinen lässt, darf freilich bezweifelt werden – von den Kosten an Menschenleben ganz zu schweigen. Sofern überhaupt (innen-)politische Gestaltungsentwürfe vorgelegt werden, handelt es sich in aller Regel um in das Begriffsgewand der Integration gekleidete Assimilationsprogramme, die auf diffus bleibenden Vorstellungen von »Leitkultur« oder »identitätsbildender Prägung« basieren, der sich die Neuankömmlinge unterzuordnen hätten. Während es an eigentümlichen Verhaltenskodizes nicht mangelt,<sup>5</sup> bleibt vollkommen unbeantwortet, wie in demokratiepolitischer Hinsicht mit den bereits in Deutschland eingetroffenen, mit Aufenthaltstiteln oder zumindest Duldungen ausgestatteten Geflüchteten umgegangen werden soll.

Man könne aus der Geschichte nicht leicht lernen, schrieb der Osteuropahistoriker Philipp Ther vor einem Jahr in einem Gastbeitrag für die *Süddeutsche Zeitung*, aber man könne zumindest die Wiederholung vergangener Fehler vermeiden.<sup>6</sup> Ein derartiger Fehler, der sich in Anbetracht der »Flüchtlingsfrage« unweigerlich aufdrängt, dürfte der Umgang mit den sogenannten »Gastarbeitern« in der alten Bundesrepublik gewesen sein. Der grundlegende Gestaltungsfehler im Zusammenhang der Arbeitsmigration bestand – politisch mehr oder weniger gewollt – in der Verkennung von deren zeitlicher Dimension. Aufgrund der Annahme, die »Gastarbeiter« würden das Land zeitnah wieder verlassen, unterließ man staatlicherseits zunächst nahezu jede Integrationsbemühung. Verlängerte Aufenthaltszeiten und vor allem der »Anwerbestopp« von 1973, der den im Land lebenden Migranten eine Entscheidung für Gehen oder Bleiben aufnötigte, führten jedoch millionenfach zu einer Einwanderungssituation, in der die vermeintlichen Gäste zu Nachbarn wurden. Gleichwohl blieb die Bundesrepublik auf Jahrzehnte hinaus ein Einwanderungsland wider Willen. Auch als die Real-

5 So etwa im jüngst verabschiedeten Bayerischen Integrationsgesetz, wo sich phrasenhafte Hinweise beispielsweise zum angemessenen Auftreten mittels »allgemein übliche[r] Mimik und Körpersprache« finden (BayIntG vom 13. Dezember 2016, Art. 5, Abs. 1).

6 Philipp Ther, »Die doppelte Pflicht«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 19. 4. 2016, S. 12.

tät eines durch Zuwanderinnen dauerhaft multikulturalisierten Deutschlands langsam ins Bewusstsein drang, brachte das vornehmlich einseitig auf die Anpassung von Minderheiten gerichtete Politiken hervor – mit all den historisch beobachtbaren und sozialwissenschaftlich hinreichend dokumentierten negativen Nebenfolgen von verweigerter Anerkennung und Assimilationsdruck.<sup>7</sup>

Eine gesellschaftlich engagierte und theoretisch reflektierende Sozialwissenschaft kann das nicht zufriedenstellen – und doch ist auch in diesem Kontext nicht nur die von Martin Nonhoff und Frieder Vogelmann jüngst diagnostizierte *analytische* Sprachlosigkeit der Politischen Theorie zu beklagen,<sup>8</sup> sondern auch eine Sprachlosigkeit in *visionärer*, prospektiver Hinsicht, die doch stets ein Pfeiler emanzipatorischer Sozialwissenschaft sein sollte.<sup>9</sup> Selbst dort, wo ein visionärer Anspruch reklamiert und an einer Erneuerung der politischen Philosophie gearbeitet wird, die den globalen Herausforderungen Rechnung tragen soll, besteht bezüglich Fragen der Migration und postmigrantischer Sozialität allzu oft eine frappierende Leerstelle, wie etwa die Integrationsforscherin Naika Foroutan mit Blick auf das vielbeachtete und in den Feuilletons teils hitzig diskutierte *Konvivialistische Manifest* bemerkte.<sup>10</sup>

Angesichts dieser und anderer Leerstellen nimmt sich das vorliegende Themenheft<sup>11</sup> insbesondere der mit der »Flüchtlingsfrage« aufgeworfenen demokratiebezogenen Problemstellungen an, um so einen – sowohl analytischen wie auch prospektiven – Beitrag zur gesellschaftlichen Selbstver-

7 Für einen Überblick zu Entwicklung und Stand der Integration von Migrant\_innen in Deutschland: Heinz U. Brinkmann / Martina Sauer (Hg.), *Einwanderungsgesellschaft Deutschland*, Wiesbaden 2016.

8 Siehe dazu das von Nonhoff und Vogelmann herausgegebene Themenheft »Politische Theorie in der Krise« des *Mittelweg* 36 25 (2016), 2.

9 Vgl. dazu Paul Sörensen, *Entfremdung als Schlüsselbegriff einer kritischen Theorie der Politik*. Eine Systematisierung im Ausgang von Karl Marx, Hannah Arendt und Cornelius Castoriadis, Baden-Baden 2016, S. 437 ff.

10 *Das konvivialistische Manifest*. Für eine neue Kunst des Zusammenlebens, hrsg. von Frank Adloff und Claus Leggewie in Zusammenarbeit mit dem Käte Hamburger Kolleg / Centre for Global Cooperation Research Duisburg, übers. von Eva Moldenhauer, Bielefeld 2014. Zur genannten Kritik vgl. Naika Foroutan, »Konviviale Integration in postmigrantischen Gesellschaften«, in: Frank Adloff / Volker M. Heins (Hg.), *Konvivialismus*. Eine Debatte, Bielefeld 2015, S. 205–216, die auch Überlegungen zu einer auf den Grundsäulen Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe basierenden *konvivialen Integration und Demokratie* anstellt.

11 Der Schwerpunkt geht zurück auf einen Workshop, der am 30. Mai 2016 in Jena unter dem Titel »Towards a New Multiculturalism? Challenges and Opportunities for Democracy in the Light of the Refugee Question« stattfand. Neben den hier versammelten Autoren danken wir auch Patti T. Lenard, Sybille de la Rosa und Dana Schmalz für ihre Beteiligung. Für finanzielle und organisatorische Unterstützung bedanken wir uns beim Jenaer Kolleg Postwachstumsgesellschaften, insbesondere bei Christine Schickert. Ein Tagungsbericht von David Jöckel findet sich auf Soziopolis; online unter: [www.sozio.polis.de/vernetzen/veranstaltungsberichte/artikel/towards-a-new-multiculturalism-challenges-and-opportunities-for-democracy-in-the-light-of-the-refug](http://www.sozio.polis.de/vernetzen/veranstaltungsberichte/artikel/towards-a-new-multiculturalism-challenges-and-opportunities-for-democracy-in-the-light-of-the-refug) [29.1.2017].

ständigkeit über die Formen des Miteinanders in einer unvermeidlich multiethnischen und multikulturellen Gesellschaft zu leisten.<sup>12</sup> Ganz im Sinne Hannah Arendts gehen wir dabei davon aus, dass eine Krise – ob es sich nun um eine »Flüchtlingskrise« oder vielmehr um eine des europäischen Grenzregimes oder gar der dynamisierten Moderne schlechthin handelt, sei an dieser Stelle dahingestellt – »zu einem Unheil erst [dann wird], wenn wir auf sie mit schon Geurteiltem, also mit Vor-Urteilen antworten. Ein solches Verhalten verschärft nicht nur die Krise, sondern bringt uns um die Erfahrung des Wirklichen und um die Chance der Besinnung, die gerade durch sie gegeben ist.«<sup>13</sup>

Mit dieser Bestimmung ist ein Aspekt benannt, der alle hier zusammengestellten Beiträge verbindet: Krisenhafte Situationen, so ist Arendt zu verstehen, bieten stets auch die Gelegenheit des Innehaltens und Gewährwerdens und des Nachdenkens über die gegenwärtige gesellschaftliche Verfasstheit und deren mögliche Verbesserung. Eine Krise stellt demzufolge immer auch eine Chance dar, eine Chance für vorteilhafte und *politisch gestaltete Transformationen*. Mit dieser Einschätzung ist auch die Annahme verbunden, dass sowohl in analytischer als auch politischer Hinsicht neue Wege beschritten werden müssen, will man sich den (alten) Fragen, die sich angesichts der aktuellen Lage (neuerlich) aufdrängen, ernsthaft stellen: Fragen nach geteilten gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen, den Grundlagen und Spielregeln des Zusammenlebens, den Rechten der hier lebenden Menschen und den Bedingungen und Möglichkeiten politischer Partizipation.

Das bisher Gesagte impliziert freilich nicht, dass in den Archiven des politischen und sozialen Denkens keinerlei Ressourcen vorhanden wären, die zumindest als Inspirationsquelle dienen könnten. Wir sind ganz im Gegenteil der Annahme, dass sich in Beiträgen der als *Multikulturalismusdebatte*<sup>14</sup> bezeichneten Auseinandersetzungen im Nordamerika der 1990er-Jahre exemplarische Antworten und Modelle – ebenso wie auch politische Sackgassen – finden lassen, die, modifiziert und verbessert, auch die gegenwärtigen Diskussionen im Europa der »Flüchtlingskrise« zu bereichern und anzuregen vermögen. Es ist kein Zufall, dass die Debatte gerade in den

12 Ein ähnlich gelagertes Anliegen verfolgte auch die im November 2016 von Sybille de la Rosa, Melanie Frank und Viktoria Hügel für das Netzwerk *Flüchtlingsforschung* in Augsburg veranstaltete Konferenz »Political Theory on Refugees«.

13 Hannah Arendt, »Die Krise in der Erziehung«, in: dies., *Zwischen Vergangenheit und Zukunft*. Übungen im politischen Denken I, München/Zürich 1994, S. 255–276, hier S. 255 f.

14 Für einen Überblick: David Strecker, »Multikulturalismus«, in: Gerhard Göhler / Ina Kerner / Matthias Iser (Hg.), *Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe*, 2., aktualisierte und erweiterte Aufl., Wiesbaden 2011, S. 257–272; Bhikhu Parekh, *Rethinking Multiculturalism. Cultural Diversity and Political Theory*, London 2000; Sarah Song, »Multiculturalism«, in: *The Stanford Encyclopedia of Philosophy*, 2017; online unter: [plato.stanford.edu/entries/multiculturalism](http://plato.stanford.edu/entries/multiculturalism) [29. 1. 2017].

USA und vor allem in Kanada entbrannte<sup>15</sup> und die damit einhergehenden Deutungskämpfe dort besonders heftig geführt wurden, begreifen sich doch beide Gesellschaften seit jeher als Zuwanderungsgesellschaften, die mit multikulturellen Herausforderungen in der einen oder anderen Art und Weise umgehen müssen. Insofern ist es auch wenig verwunderlich, dass viele der zentralen Beiträge zu den damit aufgeworfenen Fragen aus kanadischer Feder stammen – man denke etwa an die Arbeiten von Will Kymlicka, James Tully und allen voran natürlich Charles Taylor, dessen dem Verhältnis von Québec und Kanada gewidmete Schrift *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*<sup>16</sup> die Debatte gewissermaßen initiierte und über weite Strecken prägte. Während die Debatte in Deutschland eher weniger Aufmerksamkeit fand, so erwies sich im anglophonen Raum allein schon an der Breite der verknüpfend aufgegriffenen Thematiken – Minderheitenrechte<sup>17</sup>, Verfassungstheorie<sup>18</sup>, Feminismus<sup>19</sup> und Sprachpolitik<sup>20</sup>, um nur vier zu nennen – die weite Anschlussfähigkeit und das Stimulationspotenzial des Multikulturalismus, oder besser: der Multikulturalismuskonzepte. Angesichts der oben benannten demokratietheoretischen Spezifik der »Flüchtlingsfrage« ist ferner darauf hinzuweisen, dass gerade die zu Beginn der Multikulturalismusdebatte eher nachgeordnet verhandelten demokratietheoretischen Fragestellungen im nordamerikanischen Kontext zuletzt verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit rückten.<sup>21</sup> Eine solch explizite demokratietheoretische Zuspitzung erscheint auch uns als Schlüsselmoment eines jeden Versuchs, Multikulturalismus neu zu denken und zu praktizieren – insbesondere wenn es gilt, dessen Inspirationspotenzial für den Umgang mit Geflüchteten auszuloten. Darüber hinaus wird dadurch aber auch eine grundlegendere, wenn man so möchte optimistische demokratietheoretische Perspektive eröffnet: Mit Blick auf die gegenwärtige politische Situation in Europa – die etliche aktuellere Diagnosen übereinstim-

15 Vgl. dazu Volker M. Heins, *Der Skandal der Vielfalt. Geschichte und Konzepte des Multikulturalismus*, Frankfurt am Main / New York 2013, S. 60 ff.

16 Charles Taylor, *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, übers. von Reinhard Kaiser, Frankfurt am Main 1993.

17 Will Kymlicka, *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights*, Oxford 1995.

18 James Tully, *Strange Multiplicity. Constitutionalism in an Age of Diversity*, Cambridge 1995.

19 Susan Moller Okin, »Is Multiculturalism Bad for Women?«, in: dies., *Is Multiculturalism Bad for Women?*, hrsg. von Joshua Cohen, Matthew Howard und Martha C. Nussbaum, Princeton, NJ 1999, S. 9–24.

20 Will Kymlicka / Allan Patten (Hg.), *Language Rights and Political Theory*, Oxford 2003, sowie insbesondere für den europäischen Kontext Peter A. Kraus, »Intercultural Recognition and Linguistic Diversity in Europe«, in: Dario Castiglione / Chris Longman (Hg.), *The Language Question in Europe and Diverse Societies*, Oxford 2007, S. 61–80.

21 Siehe z. B. Patti T. Lenard, *Trust, Democracy and Multicultural Challenges*, University Park, PA 2012.

ment als *postdemokratisch* bezeichnen<sup>22</sup> – könnten die zentrale Motivation für eine *neue Politik des Multikulturalismus* und ihr größter Gewinn gerade in dessen demokratisierendem Potenzial stecken.

Diesen Faden greift der von *Charles Taylor* stammende erste der hier folgenden Beiträge auf. Taylor hat, mit gewissem zeitlichem Abstand zu seinem ursprünglichen impulsgebenden Beitrag, vor einigen Jahren erneut in die Debatte eingegriffen, indem er mit der Abgrenzung von *Multikulturalismus* und *Interkulturalismus* einen Vorschlag zur Differenzierung entsprechender politischer Ansätze unterbreitete.<sup>23</sup> Diese Unterscheidung greift er im vorliegenden Aufsatz (der entsprechende Überlegungen erstmals in deutscher Sprache präsentiert) erneut auf und nimmt vor diesem Hintergrund die aktuelle, von der Flüchtlingssituation geprägte Lage in Europa beziehungsweise Deutschland unter die Lupe. Taylors besonderes Augenmerk gilt dabei der Demokratie, oder in seiner Diktion, dem »gemeinsamen politischen Projekt«, das potenziell chancenreich und gefährlich zugleich sei, da es prinzipiell sowohl inkludierende als auch exkludierende Momente kenne. Hinreichend ambitioniert und dauerhaft tragfähig sei ein solches demokratisches Projekt allerdings nur dann, wenn es mithilfe einer neuen Erzählung, in der sich alle Gesellschaftsmitglieder wiederfinden könnten, in der Zukunft verankert werde statt in der Vergangenheit.

Auf den Spuren Taylors nimmt sodann *Hartmut Rosa* eine Perspektive ein, die nicht nur die zweifellos bestehenden Herausforderungen, sondern insbesondere die Wandlungsbedürftigkeit und -fähigkeit der politischen Gemeinschaft in den Blick nimmt. Dies verdichtet er zu zwei grundsätzlich verschiedenen Arten der Reaktion auf die »Flüchtlingskrise«: eine fehlgeleitete – unsere gegenwärtige politische Wirklichkeit dramatisch prägende – rechtspopulistische Antwort, die alles Fremde abwehren und auf Distanz halten will, und die von ihm vertretene resonanztheoretisch fundierte Antwort, die auf eine *andere Politik* setzt, um sich das Fremde anzuverwandeln.

22 Vgl. dazu die einschlägigen Texte von Colin Crouch und Jacques Rancière: Colin Crouch, *Postdemokratie*, übers. von Nikolaus Gram, Frankfurt am Main 2008; und Jacques Rancière, »Demokratie und Postdemokratie«, in: Alain Badiou / Jacques Rancière / Rado Riha / Jessica Sumic, *Politik der Wahrheit*, hrsg. und übers. von Rado Riha, Wien 1997, S. 94–122. Für Überblicke zur daran anschließenden Debatte: Claudia Ritzi, *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit*. Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven, Wiesbaden 2014; Oliver Eberl / David Salomon (Hg.), *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*, Wiesbaden 2017; sowie das Schwerpunktheft »Postdemokratie« des *Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen* 19 (2006), 4.

23 Charles Taylor, »Interculturalism or Multiculturalism?«, in: *Philosophy and Social Criticism* 38 (2012), 4/5, S. 413–423. Ähnlich auch der eng mit Taylor zusammenarbeitende Gérard Bouchard, *Interculturalism. A View from Québec*, Toronto 2015 (Taylor schrieb dazu das Vorwort). Unter Verwendung desselben Begriffs, aber mit anders gelagertem Programm, das explizit ohne die Vorstellung kultureller Gemeinschaften oder zu »besitzender« kultureller Identitäten auskommen soll und stattdessen auf umfassende kulturelle »Barrierefreiheit« abzielt: Mark Terkessidis, *Interkultur*, Berlin 2010.

Der Beitrag mündet in der Skizze des so innovativen wie provokativen Vorschlags, die Aufnahme von geflüchteten Menschen in »abgehängten« Regionen mit umfassenden Garantien zum Erhalt und Ausbau der bedrohten Infrastruktur zu verknüpfen.

Das vorliegende Themenheft ist nicht zuletzt von der Überzeugung getragen, dass es nicht damit getan ist, unverzagt die Flagge des Multikulturalismus hochzuhalten. Die bekannten Rezepte scheinen auf die heutige Lage europäischer Gesellschaften nicht ohne Weiteres übertragbar. Ein Grund dafür ist, dass die ursprünglichen Ansätze sowohl in konzeptueller wie in normativer Hinsicht durchaus mit Problemen behaftet sind.<sup>24</sup> Der Aufgabe, den Multikulturalismus konzeptuell weiterzuentwickeln und ihn so für neue, unübersichtliche Lagen tragfähig zu machen, widmet sich der Beitrag von Peter A. Kraus, der dafür das Konzept der *komplexen Vielfalt* in Stellung bringt. Gegenwärtige kollektive Identitätsmuster in Europa lassen sich nämlich, so die Ausgangsüberlegung, nicht *en bloc*, als Resultat nach außen abgrenzbarer und nach innen weitgehend homogener Kulturen begreifen, sondern sind angemessen nur als Mixtur verschiedener Schichten aus ethno-kulturellen Mehrheiten sowie alten und neuen Minderheiten zu erfassen. In einem identitätspolitisch und anerkennungstheoretisch fokussierten Durchgang diskutiert Kraus verschiedene Theorieangebote und Anwendungsbeispiele. Ähnlich wie Taylor betont er die Notwendigkeit, gesellschaftlich wirksame Narrative jenseits der irrigen Prämisse kultureller Homogenität zu entwickeln – und diese schließlich auch zu hegemonialisieren.

Beim Versuch der konzeptuellen Weiterentwicklung gilt es zu berücksichtigen, in welcher politischen Landschaft man sich bewegt, wie die zeitgenössische »Gegnerschaft« aufgestellt ist. Auch jenseits des europäischen Rechtspopulismus, ausgerechnet in den vermeintlichen Heimspielstätten des Multikulturalismus, kommt es derzeit zu einem antimultikulturellen Backlash, der, auf die kürzeste Formel gebracht, mit dem Namen Trump bezeichnet werden kann. Volker M. Heins scheidet in seinem den Themenschwerpunkt beschließenden Beitrag die berechtigte Kritik an älteren multikulturalismustheoretischen Ansätzen von den fatalen Attacken, denen sich der Multikulturalismus neuerdings ausgesetzt sieht: Der »Trumpismus«, so die beunruhigende Feststellung, ist dem Multikulturalismus bezeichnenderweise in gewisser Hinsicht verwandt, betreiben doch beide

24 Siehe etwa Alexander Garcia Düttmann, *Zwischen den Kulturen. Spannungen im Kampf um Anerkennung*, Frankfurt am Main 1997; Jacob T. Levy, *The Multiculturalism of Fear*, Oxford 2000; Andreas Reckwitz, »Multikulturalismustheorien und der Kulturbegriff. Vom Homogenitätsmodell zum Modell kultureller Interferenzen«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 11 (2001), S. 179–200. Im Kontext der zuvor bereits erwähnten Debatte um das *Konvivialistische Manifest* äußert auch Ina Kerner Kritik an Theorien und Politiken des Multikulturalismus, befürwortet aber etwa die auf kulturelle Offenheit zielende Konzeption von »Multikultur« nach Paul Gilroy. Vgl. Ina Kerner, »Konvivialismus und Multikultur. Postkoloniale Reflexionen«, in: Adloff/Heins (Hg.), *Konvivialismus*, S. 227–236.



Identitätspolitik. Neu sei freilich an Ersterem, dass nun nicht mehr die klassischen, realen Minderheiten adressiert, sondern »Weiße« zum (mindestens) rhetorisch aufzuwertenden Kollektiv gemacht wurden – eine Strategie, die zur Überraschung aller wahltaktisch aufgegangen ist. So paradox die Pointe klingen mag: Nicht das Scheitern, sondern die *Erfolge des »alten« Multikulturalismus* hätten demnach den Nährboden für Demagogen wie Trump bereitet.

»Trump« heißt immer auch: erst schießen, dann reden – oder weniger martialisch: lieber hemdsärmelig handeln als nachzudenken und auf Augenhöhe miteinander zu sprechen. Auch darin entspricht der »Trumpismus« dem Weltbild des europäischen Rechtspopulismus und den politischen Visionen der Vordenkerinnen der *neuesten Rechten*. »Es ist wahrlich alles gesagt. Laßt uns handeln!«, so lautete eine der geraunten Schlussfolgerungen, die Götz Kubitschek, Herausgeber der Zeitschrift *Sezession* und Mitbegründer des Instituts für Staatspolitik, aus seiner Reflexion zum Wesen und der Rolle politischer Klugheit angesichts der gen Deutschland »in Marsch gesetzten Massen« zog. Lange genug, so klagte er, habe »die intellektuelle Depression ihren Sitz in unserem Leben gehabt«. Politische Klugheit sei meist doch nur »der wohlfeile Verschleierungsbegriff für jene, die erst dann den Einsatz wagen, wenn das Spiel gewonnen ist«. Kubitschek resümierte: Politische Klugheit sei »nicht unser Feld«<sup>25</sup> – und bestätigt mit dieser fundamentalen Absage an das Nach-Denken in frappierender Offenheit die Beschreibung einer Politik der Angst, wie Ulrich Bröckling sie unlängst im *Mittelweg 36* präsentierte: »Die mühsame Suche nach Lösungen überlassen die populistischen Affektmanager den verachteten Gutmenschen, die dumm genug sind, noch daran zu glauben. Stattdessen bieten sie wohlfeile Gelegenheiten, sich zu einer Erregungsgemeinschaft zusammenzurotten, zivilisatorische Hemmungen hinter sich zu lassen und sein Mütchen an Schwächeren zu kühlen. [...] Weil die Gefahr so groß ist und die Regierenden versagen, so die Botschaft, müssen die Aufrechten die Sache selbst in die Hand nehmen. Um »Asylchaos«, »Terrorgefahr«, »Islamisierung des Abendlands« und »großen Austausch« abzuwehren, ist dann alles erlaubt – am Ende auch brennende Flüchtlingsunterkünfte.«<sup>26</sup> Das derartige Reaktionsmuster mittlerweile Teil der bundesrepublikanischen Realität sind, führen unzählige fremdenfeindlich motivierte Übergriffe und Attacken auf Unterkünfte geflüchteter Menschen nahezu täglich vor Augen.<sup>27</sup>

Der von Kubitschek propagierten Absage an Erwägungen der politischen Klugheit verweigern sich die Beiträge des Themenheftes allesamt. Mit-

25 Götz Kubitschek, »Wir werden handeln«, in: *Sezession*, 16. 8. 2016; online unter: [sezession.de/52684/wir-werden-handeln](http://sezession.de/52684/wir-werden-handeln) [28. 1. 2017].

26 Ulrich Bröckling, »Man will Angst haben«, in: *Mittelweg 36* 25 (2016), 6, S. 3–7, hier S. 5 f.

27 Vgl. etwa Andrea Röpke, 2017 – *Jahrbuch rechte Gewalt*. Chronik des Hasses, München 2017.

hilfe eines engagierten politischen Denkens möchten sie ausloten, worin die Vorzüge und Potenziale eines weiterentwickelten Multikulturalismus liegen, der sich dem verhängnisvollen Phantasma ethnokultureller Homogenität offensiv entgegenstellt und realistische, das heißt die Gegebenheiten anerkennende Alternativen aufzeigt. Diese Strategie scheint uns auch politisch vielversprechender zu sein als eine defensive Reaktion, wie sie sich in der Formel vom »Ernstnehmen der besorgten Bürgerinnen und Bürger« ausdrückt und hinter der sich allzu oft die Forderung verbirgt, auf einen reaktionären Kurs einzuschwenken. Resümierend sei festgestellt: Die »Flüchtlingskrise« ist also keineswegs bloß eine logistische Herausforderung oder ein technisches Problem der europäisch abzustimmenden politischen Maßnahmen, sondern ein erneutes Fanal für die grundsätzlichen Fragen des Zusammenlebens in multikulturellen Gesellschaften – und nichts Geringeres als eine tiefgreifende *Prüfung der Demokratie als solche*. Denn letztlich ist es die lebendige Demokratie, die auf dem Spiel steht. Gleichwohl kann es nicht darum gehen, den Status quo zu sichern (oder, im Falle des Scheiterns, zu verspielen), sondern um eine notwendige Transformation der Demokratie. Einerseits kann sie sich nur dynamisch stabilisieren, also in kontinuierlicher Erneuerung erhalten; andererseits bietet sich in Prozessen des Umbaus auch immer die Möglichkeit, etwas ganz anderes zu errichten.<sup>28</sup> Um es abschließend noch einmal in einem anderen Register zu formulieren: Der Begriff der Krise bezeichnete bei seiner Einführung in die deutsche Sprache ebendies – die entscheidende Fieberphase, den *Wendepunkt* einer Krankheit, in deren Anschluss es entweder zu einer mehr oder weniger dauerhaften Verbesserung oder einer dramatischen Verschlechterung kommt. Vielleicht kann die Arbeit an einem neuen, zeitgemäßen und problemadäquaten Multikulturalismus zu einer demokratischen Genesung beitragen.

*Ulf Bohmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der  
Technischen Universität Chemnitz, Professur für Soziologische Theorien,  
und Projektmitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.  
ulf.bohmann@uni-jena.de*

*Paul Sörensen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter  
am Lehrstuhl für Politische Theorie der Universität Augsburg.  
paul.soerensen@phil.uni-augsburg.de*

<sup>28</sup> Darauf setzt auch das Gros der Theorien radikaler Demokratie. Zu entsprechenden gegenwärtigen Transformationsbedingungen siehe beispielsweise Ulf Bohmann / Barbara Muraca, »Demokratische Transformation als Transformation der Demokratie. Postwachstum und radikale Demokratie«, in: AK Postwachstum (Hg.), *Wachstum – Krise und Kritik*, Frankfurt am Main / New York 2016, S. 289–311.